

Medienmitteilung

Bericht «Perspektiven der Beteiligung an der BKW AG»

Fair ist anders - Aufspaltung der BKW muss eine Option bleiben!

Für den Gewerbeverband Berner KMU ist weder die Haltung des Regierungsrats noch die Haltung des Grossrats nachvollziehbar: Dass beide keinen sachlichen Handlungsbedarf sehen und eine Abspaltung der BKW als finanzielles und wirtschaftliches Risiko beurteilen, findet Berner KMU bedenklich. Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Herabsetzung der Sperrminorität auf einen Drittel – wenn auch vom Parlament heute deutlich abgelehnt – löst das Problem der ungleich langen Spiesse nicht, für die sich Berner KMU im Rahmen seiner Kampagne «Der Staat als Konkurrent: Fair ist anders» einsetzt.

Es ist in den Augen von Berner KMU nicht Aufgabe des Staates, Bau-, Gebäudetechnik- und Elektroinstallationsfirmen zu betreiben. Nachdem es nach der heutigen Debatte bei einer Mehrheitsbeteiligung des Kantons, muss eine Aufspaltung des Konzerns ernsthaft weiterhin eine Option bleiben. Was nicht zur Produktion, den Handel und die Verteilung von Strom gehört, ist auszugliedern und echt zu privatisieren. Berner KMU hat sich deshalb im Vorfeld der heutigen Debatte einmal mehr dafür eingesetzt, den Bericht – inklusive Ablehnung der vier Planungserklärungen der FiKo – zurückzuweisen. Dies verbunden mit dem Auftrag, die von der Motion Aebi/Lanz verlangte Aufspaltung weiterhin und näher zu konkretisieren.

Die Problematik der heutigen Struktur liegt darin, dass die BKW AG auf den Märkten mit dem Staat im Rücken operieren kann. Nach wie vor verfügt sie in der Stromversorgung über ein Monopol. Der Stromtarif der BKW gehört zu den höchsten in der Schweiz und hat dem Unternehmen jahrelang gute Erträge beschert. Private Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen sind gezwungen, den Strom bei der BKW zu kaufen. Diese KMU finanzieren so indirekt ihren neuen Konkurrenten BKW, der dutzendweise gewerbliche Firmen und Ingenieurbüros aufkauft. Es gibt bereits Fälle, bei denen sie sowohl die Planung als auch die Bauleistungen offeriert hat. Somit hat der neu konzipierte Konzern BKW alles Interesse, Planungs- und Ausführungsaufträge «im Haus zu behalten» und nicht auszuschreiben. Der Zutritt der privaten Konkurrenz wird damit erschwert oder gar verunmöglicht. Die Standesregeln der unabhängigen Planung werden durch die «alles aus einer Hand»-Strategie verletzt.

Die BKW bestreitet zwar, dass sie den Bereich der Gebäudetechnik quersubventioniere und macht geltend, dieser diene umgekehrt dazu, die Schwierigkeiten des Konzerns auf dem Strommarkt auszubügeln. Bei allem Respekt vor diesbezüglichen Erfolgen bleibt es eine Tatsache, dass diese massgeblich auf Synergien mit der staatlich privilegierten Position zurückzuführen sind. Die KMU-Wirtschaft stört allein die Möglichkeit, dass unfaire Quersubventionierungen und solche Synergieeffekte den Wettbewerb verfälschen können.

Schliesslich ist für Berner KMU auch wichtig zu betonen, dass die aggressive Wachstumsstrategie nicht nur gewinnbringend sein kann, sondern auch mit erheblichen Risiken verbunden ist. Sollte die Gesellschaft deswegen in Schräglage geraten, würde ein sehr schwieriger und unter Umständen kostspieliger Sanierungsprozess auf den Kanton Bern zukommen.

Für zusätzliche Auskünfte:

Lars Guggisberg, Direktor Berner KMU, 079 621 48 78
Nina Zosso, Kampagnenleiterin «Fair ist anders», 079 218 86 28

15. Juni 2021